

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertschätzlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4726.

Nr. 81/82.

Berlin, Sonnabend, 9. Oktober 1915.

Siebentundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

An die Jagdsten. — Deutsche Volkswirtschaft im Kriege. — Zentralratsamtstellen für nichtgewerbliche Arbeitsnachweise. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

An die Jagdsten.

Unter unseren Volksgenossen in Deutschland gibt es nicht wenige, die unter den heutigen kriegerischen Verhältnissen von einer Verzweiflung befallen werden, die ihnen immer gleich das Schlimmste vor die Augen zaubert. Diese Leute verlegen sich auch auf das Prophezeien. Der etwaige zeitweilige Verlust eines Schützengrabens in der vorderen Linie erscheint diesen Leuten als ein Zeichen dafür, daß es sehr schlecht um Deutschland stehe. Sie sterben mit ihrer Meinung, alles gefährlich und trübe anzusehen, andere Menschen an, die sonst ganz vernünftig denken und handeln, und sie tragen durch ihr Verhalten mit dazu bei, daß in manchen Kreisen eine gewisse Befangenheit um sich greift, die den Blick in die Zukunft trübt, die Tatkraft lähmt und die Freude an der Arbeit vernichtet. Solchen Leuten ist schlecht beizukommen, sie sind unbeherrschbar, halten sich für viel klüger wie alle anderen und sie haben durch ihre Flaumaderen sich selbst und anderen manchen unnötigen Verdruß bereitet. Man trifft diese Leute nicht nur im öffentlichen politischen Leben an, sondern man findet sie auch in privaten Kreisen, in den Vereinigungen der verschiedensten Art, wo sie keinen guten Einfluß ausüben und häufig den Glauben an den Erfolg einer Sache untergraben.

Auch in den Arbeiterorganisationen sitzen derartige Leute. Hier gehen sie von dem Standpunkt aus, daß jetzt in der Kriegszeit doch „nichts zu machen“ sei. Man solle deshalb jetzt alles laufen lassen wie es eben geht, und es habe in der heutigen Zeit „gar keinen Zweck“ agitatorisch für die Organisation zu wirken. Nach dem Kriege dann würde sich schon alles wieder finden. Jetzt könne die Organisation doch nichts unternehmen, weil die kriegerischen Ereignisse das allgemeine Interesse der Arbeiter voll in Anspruch nehmen.

Es bedarf wohl keiner langen Ausführungen, um die Gefährlichkeit solcher Ansichten zu beweisen, denn gerade heute in der Kriegszeit ist der Wert und die Notwendigkeit des Bestehens der Arbeiterorganisationen auf das deutlichste erkennbar geworden. Trotz der bei Kriegsbeginn gekürzten Unterstützungsleistungen waren die Arbeiterorganisationen die einzigen Quellen, aus denen die zahlreichen organisierten Arbeitslosen Unterstützung erhielten, bis dann später die größeren Gemeinden der Not gehorchend eine Arbeitslosenfürsorge einführten. Und die Arbeiterorganisationen werden es auch nach dem Kriege sein, die dann bei der zunächst zu erwartenden größeren Arbeitslosigkeit mit ihren Mitteln einzuwirken haben, um die drückendste Not zu lindern. Sie werden ihre Kräfte der Förderung des Arbeitsnachweiswesens zur Verfügung stellen, wie sie es auch bei Kriegsbeginn bereits getan haben, und es werden ihnen nach dem Kriege Aufgaben erwachsen, die sich heute noch gar nicht übersehen lassen.

Während des Krieges sind sie, bezogen ihre Führer mit tätig in allen Zweigen der Kriegsfürsorge. Sie üben eine lebhafteste Beraterfunktion aus sowohl bei den Familien der Kriegsteilnehmer, wie auch bei den Kriegesbeschädigten, die in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt sind, die umlernen müssen und die ohne die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und ihrer Führer einen viel härteren Kampf ums Dasein entgegen sehen müßten,

wie das jetzt unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Es gibt heute fast kein Gebiet des öffentlichen Lebens, auf dem nicht die Angehörigen der Arbeiterorganisationen mitarbeiten im Dienste unserer vaterländischen Interessen.

Am Hinblick auf diese Dinge ergibt sich von selbst, wie wichtig die Arbeiterorganisationen nicht nur für die Arbeiter selbst und für deren Interessen sind, sondern daß sie für unser ganzes Staatsleben jetzt in der Kriegszeit nicht nur eine Notwendigkeit, sondern eine Unentbehrlichkeit bedeuten. Das ist auch von Parlamentariern aller Richtungen und von den Behörden, die sonst mit Mißtrauen auf die Arbeiterorganisationen herabgesehen haben, mit wenigen Ausnahmen anerkannt worden. Wenn das wirtschaftliche Leben nach dem Kriege, in seiner für Friedenszeiten eingerichteten Art, wieder eintritt, wenn dann an die Stelle des heutigen Bürgerfriedens wieder ein Meinungsaustrausch über grundsätzliche Fragen unserer Wirtschaftspolitik gestellt werden kann, der jedoch keineswegs zu persönlichen Vermittlungen führen braucht, sondern der sich sehr wohl in sachlich anständiger Art bewegen kann, dann werden die Arbeiterorganisationen ihren eigentlichen Aufgaben wieder zurückgegeben werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben bedürfen sie ganz selbstverständlich der notwendigen Kraft, der inneren Geslossenheit und des festen Willens zur Tat. Da muß jedes einzelne zum Ganzen gehörende Glied seine volle Pflicht tun. Jeder einzelne Berufs-Ortsverein hat seine Mitarbeit in der geschlossenen Reihe zu leisten. Jeder unserer Ortsverbände muß der Aufgabe gerecht werden, die eine neue Zeit an uns und an unsere Ortsverbände stellen wird. Einer solchen Mitarbeit kann und darf sich dann niemand entziehen, der sich seiner Pflichten als Gewerksvereiner bewußt ist.

Zweifellos werden uns nach dem Kriege große und neue Aufgaben erwachsen, deren Lösung nur möglich sein dürfte, wenn jetzt in der Kriegszeit der Zusammenhalt der nicht eingezogenen Verbandskollegen gefestigt wird und die mit der Leitung in den Berufs-Ortsvereinen und Ortsverbänden betrauten Kollegen für die Aufrechterhaltung der einzelnen Glieder unseres Verbandes tätig sind. Die Organisation muß nach dem Kriege in voller Arbeitsfähigkeit dastehen. Da sind keine Flaumaderen am Platze. Den aus dem Felde heimkehrenden Verbandskollegen müssen wir den Beweis liefern, daß unser Verband trotz der Kriegszeit und der dadurch hervorgerufenen Verhältnisse seine Leistungsfähigkeit erhalten hat, und daß wir Dabeingeblichen nicht müßig waren. Unsere im Felde stehenden Kollegen sind hinausgezogen im Vertrauen darauf, daß wir Dabeingeblichen unsere gute und gerechte Sache unentwegt und unbeirrt weiter führen werden und dieses Vertrauen dürfen und werden wir nicht täuschen. Die lange Dauer dieses Krieges hat bisher nicht vermocht unsere Organisation so zu erschüttern, daß wir schließlich nach dem Kriege wieder von vorn anfangen müßten. Das ist infolge der tatkräftigen Mitarbeit eines großen Teils unserer Verbandskollegen verhindert worden. Wir werden auch weiter durchhalten können, wenn die vorhandenen Kräfte nicht erlahmen und wenn auch die Jagdsten unter uns, die bisher nur so nebenher gingen, sich jetzt auf ihre Pflichten als Verbandskollegen besinnen, nicht absicht stehen bleiben, sondern tatkräftig mitarbeiten, in gleichem Schritt und Tritt.

Unsere Mahnung richtet sich hierbei hauptsächlich an die Jagdsten in den Ortsverbänden. Mit den einzelnen Berufsvereinen stehen die Hauptverbände der Gewerksvereine in dauernder

Verbindung. Für die Leitung des Gesamtverbandes kommt es darauf an, auch jetzt in der Kriegszeit den Ortsverbänden und deren Führern zu zeigen, daß auch der Krieg an ihrer Tätigkeit nichts ändern darf und daß die Aufgaben der Ortsverbände, wie sie im Verbandsstatut niedergelegt sind, in ihren Hauptpunkten auch während des Krieges nicht vernachlässigt werden dürfen. Zu diesen Aufgaben gehören die Kräftigung und Ausbreitung der Gewerksvereine am Ort und in der Umgebung, die Förderung der allgemeinen Arbeiterinteressen, des Arbeitsnachweiswesens, der Bildungsbestrebungen u. a. m. Die Zeit des Krieges hat die Notwendigkeit des Bestehens unserer Gewerksvereine klar dargelegt, die Zeit nach dem Kriege wird an uns neue Forderungen stellen, denen wir nachwachen sein müssen. Es gilt die Launen und Jagdsten aufzuräumen und zur Mitarbeit heranzuziehen. G. S.

Deutsche Volkswirtschaft im Kriege.

c. Unser Wirtschaftsleben hat niemals eine stärkere Erschütterung erfahren als unmittelbar nach der Kriegserklärung. Sie hob sich ab von allen früheren Krisen die ein schweres Erdbeben von leichtem Gewittergrollen. Durch die Abwehrmaßnahmen unserer Gegner war Deutschland ohne jeden Uebergang fast zu einem geschloffenen Staat geworden. Während bis zum Kriegsausbruch unser Wirtschaftsleben seine gewaltigen Arme weit über die Weltmärkte reckte, sollte es nunmehr von Luft und Sonne abgeperrt werden, in seiner Enge ersticken und auf eine seiner wichtigsten Aufgaben, den Nahrungsbedarf des deutschen Volkes zu ergänzen, verzichten. Was das bedeutet, lehrt ein Blick in die Statistik. Der deutsche Außenhandel war im Jahre 1913 auf nahezu 21 Milliarden Mark angewachsen; wir bezogen vom Auslande für fünf Milliarden Rohstoffe, für drei Milliarden Nahrungsmittel; für siebenhundert Millionen hatten wir halbfertige und ganzfertige Waren in das Ausland verkauft. Dieses gewaltige System von Lebensadern unserer Volkswirtschaft wurde nunmehr mit einem Male bis auf verhältnismäßig geringe Handelsbeziehungen mit den uns angrenzenden neutralen Staaten durchschnitten. Unsere Gegner glaubten fest, uns alsbald an Verblutung erliegen zu sehen. Satten wir doch die wichtigsten Nahrungsmittel, so namentlich Brotgetreide, Eier, Butter, Vieh, Lein und andere Fette, zahlreiche fast unentbehrliche Kolonialwaren, Obst aller Art und besonders gewaltige Mengen von Kraftfuttermitteln vom Auslande bezogen, ohne die, wie man meinte, unsere Viehzucht bald zusammenbrechen würde. Dazu kam, daß mit der Mobilisierung des deutschen Heeres Millionen tätiger Männer aus dem gewaltigen Mechanismus der deutschen Arbeit herausgerissen wurden. Der Betrieb stakte plötzlich. In zahlreichen Arbeitszweigen hörte die Gütererzeugung fast gänzlich auf, in Rücksicht auf die ungewisse Zukunft und da vielfach die Betriebsleiter und die gelernt und ungelerten Arbeiter zu den Fahnen geeilt waren. Die Arbeitslosigkeit stieg auf eine beängstigende Höhe, und die öffentliche Unterstützungslastigkeit, wie die Massen der Berufsorganisationen mühten für die Arbeitslosen stark in Anspruch genommen werden.

So boten die ersten Wochen nach Kriegsausbruch ein ziemlich düstres Bild unseres Wirtschaftslebens. Aber sehr bald war ein Umwandlung bemerkbar. Durch unser heldisches Vordringen in Belgien und Nordfrankreich wurde das öffentliche Vertrauen sehr stark befestigt; das geschäftliche

leben nahm, wenn auch noch immer zögernd, seine gewöhnlichen Formen wieder an. Die Einfuhrzölle auf Lebensmittel waren gleich in den ersten Tagen des Krieges beseitigt; Ausfuhrverbote wurden erlassen, um alles, was unserer Lebens- und Wirtschaftsführung notwendig war, im Lande zu halten. Durch eine Reihe geistlicher Maßnahmen wurde jeder Vergeudung von Nahrungsmitteln — Beschränkung der Alkoholverzehrung, Brotkarte — vorgebeugt, wichtige Rohstoffe wurden mit Beschlagnahme belegt; so Wolle, Baumwolle, Jute, Seide, Flach, Häute, Kupfer, Messing, Nidel, Salpeter, Kautschuk, Eisenerze und anderes, um den Bedarf unserer Heere zu sichern. Gewaltige Hilfsorganisationen wurden geschaffen, die überall kräftigste Unterstützung fanden. Eine ausnehmend nie zu erschöpfende Opferfreudigkeit setzte ein, und vor allem gelang, dank der deutschen Wissenschaft, Technik und Anpassungsfähigkeit unserer Unternehmer und Arbeiter, eine Umgestaltung der deutschen Industrie für Kriegszwecke, die ein wahrhaftes technisch-volkswirtschaftliches Wunder bildet, von unserer Gegnern nie für möglich gehalten ward und ihnen in diesem Kriege sicher die größte Enttäuschung gebracht hat.

Die Dageweneis ist hier fast mit der Schnelligkeit des Gedankens geleistet. Es gelang der deutschen Industrie, sich gewissermaßen auf den Kopf zu stellen. Elektrizitätswerke arbeiteten plötzlich Munition, Papierfabriken, Unternehmungen für Näh- und Schreibmaschinen fertigen Waffen und Granaten, Pianofortefabriken liefern Patronenhülsen, Lederfabriken arbeiten Tornister, Gummoder stellen Seltene her, Dampfkeiselfabriken Feldküchen, Schirmfabriken Bekleidungen und wasserdichte Westen, Fabrikfabriken Bettstellen für Lagarette, chemische Fabriken Kaffee- und Bouillonwürfel. Neue gewaltige Fabriken, ausschließlich für Kriegszwecke, sind wie durch Zauberwort fast über Nacht entstanden; jede tüchtige Kraft, alles, was in Deutschland heute den Finger rühren kann, steht in irgendeiner Weise in Beziehung zum wirtschaftlichen Kriegsdienste. Die gewaltige Macht unserer Organisation und die Liebe zum Vaterlande hat fast unübersehbare neue Kräfte geweckt, die sich regen, wirken, handeln, mit Energie erfüllen und alle auf das gleiche Ziel gerichtet sind. Dazu trat eine mit großem Erfolg auf den Bedarf des Tages eingestellte Arbeit der Wissenschaft. Für Rohstoffe, die uns nicht mehr vom Auslande zufließen, wurden Ersatzstoffe gefunden, so der synthetische Gummi, die Herstellung des Luftstoffes, von Futtermittel aus der Luft gelang; es glückte, Verfahren zu finden, um wichtige und knapp werdende Metalle durch andere zu ersetzen.

So war schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit die anfängliche Stodung des deutschen Wirtschaftslebens der regsten Tätigkeit auf ihren wichtigsten Gebieten gewichen. Heute beträgt, trotz der eingezogenen Arbeiter, unsere Rohenerzeugung 60, unsere Kohlenförderung mindestens 70 Prozent der Friedensstärke. Im ersten Kriegsmonat war die Rohenerzeugung auf täglich 18 225 Tonnen zurückgegangen, im Mai 1915 betrug sie täglich 31 806 Tonnen, im August vorigen Jahres betrug die tägliche Flüssigherzeugung 21 801 Tonnen, im Mai 1915 jedoch 42 521 Tonnen; sie hat sich also verdoppelt. Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat förderte im August vorigen Jahres täglich 177 816 Tonnen, im Juni dieses Jahres jedoch täglich 247 710 Tonnen. Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen aus dem Güterverkehr — wobei Militärtransporte nicht mitgezählt — stiegen im August vorigen Jahres fast 59 Prozent unter der normalen Höhe, schon im Dezember vorigen Jahres waren jedoch die Einnahmen des Vorjahres bis auf 4,6 Prozent wieder erreicht, und dieses günstige Verhältnis ist bisher geblieben. Bei den deutschen Arbeiterorganisationen, die eine Arbeitslosenstatistik führen, betrug die Beschäftigungslosigkeit im ersten Kriegsmonat 22,4 Prozent; sie sank dann mit jedem Monat, war im letzten Mai nur noch 2,9 Prozent, und ist im allgemeinen jetzt nicht größer als in Friedenszeiten, ja in zahlreichen Arbeitszweigen werden gelernte und ungelernete Arbeiter sehr leicht verlangt. Nur im Kunstgewerbe und in einzelnen Luxusindustrien fehlt es vielfach an Beschäftigung. Die deutsche Landwirtschaft hat trotz der Arbeiternot keinen Fußbreit Acker unbestellt gelassen und sich gleichfalls unorganisiert, da an Stelle von Ackerriiben vielfach Kartoffeln und Getreide gebaut ist. Sie hat zahlreiche Gesangene verwendet.

Diese günstige Kriegslage der deutschen Volkswirtschaft drückt sich auch noch in einer Reihe glänzender anderer Zahlen aus. Im Jahre 1914 haben sich trotz der Kriegsanleihen die Sparkasseneinnahmen in Deutschland um 900 Millionen Mark

gesteigert; unser Volk hat die Milliarden der Kriegsanleihe gewissermaßen spielend aufgebracht und auch die neue Anleihe hat ein glänzendes Ergebnis gezeigt. Daneben ist ein starker Goldstrom zur Reichsbank geflossen, in deren Kellern jetzt für 2390 Millionen Mark Gold lagert; die Noten der Bank waren in den letzten Kriegsmonaten mit dem vorhandenen Goldbestand mit mehr als 45 Prozent, statt der gelehlich vorgezeichneten 33 Prozent, gedeckt, also ein unvergleichlich guter Stand. Deutschland ist das einzige kriegsführende Land, das ohne Moratorium auskam; alle großen öffentlichen Zahlungsverpflichtungen werden bei uns glatt wie im Frieden erfüllt. Die Staaten, Gemeinden, Sparkassenbanken, Vorschüssen und Zinsrückstellungen bringen ihre Anleihen, Pfandbriefe und Obligationen wie im Frieden zur Verlosung.

So bietet die deutsche Volkswirtschaft trotz des Krieges zwar ein verändertes, aber ein durchaus gesundes, ja in vielen bedeutenden Einzelheiten selbst glänzendes Bild und ist dabei zum Leidwesen unserer Gegner zu einer furchtbaren Kriegswaffe geworden.

Zentralauskunftsstellen für nicht-gewerbliche Arbeitsnachweise.

Die Arbeitsnachweisefrage hat durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen für die geordnete Volkswirtschaft Deutschlands eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Sofort bei Kriegsbeginn machten sich infolge der Zerrissenheit der Arbeitsvermittlung auf dem Arbeitsmarkt ganz erhebliche Schädigungen bemerkbar. Die Vielgestaltigkeit der zerplitterten Arbeitsnachweisbestrebungen zeitigte ein Durcheinander auf dem Arbeitsmarkt, das jeden klaren Ueberblick der eigentlichen Verhältnisse unmöglich machte. Die wiederholten Beratungen von Sachverständigen, darunter Vertreter der Arbeiter und Unternehmer, die auf Veranlassung des Reichsamts des Innern über die Arbeitsnachweisefrage und die Regelung des Arbeitsmarktes stattfanden, konnten nur die Schattenseiten feststellen, ohne sie auch nur einigermaßen gründlich zu beseitigen. Die Herausgabe des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ brachte zwar einen Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes in Angebot und Nachfrage. Für Großstädte und die Industriezentren besitzt indessen der „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ in der Arbeitsvermittlung selbst nicht den erhofften Wert.

Die klare Erkennung dieser Verhältnisse veranlaßte seinerzeit die Arbeiterorganisationen der maßgebenden Richtungen zur Veranlassung einer Petition an den Reichstag und Bundesrat zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweisefrage. In einer den Vertretern der Arbeiterorganisationen gewährten Audienz erkannte der Reichszentraler die Wichtigkeit der Frage vollkommen an. Der Reichstag stimmte der Petition zu und hielt eine gesetzliche Regelung für notwendig. Die Regierung konnte sich indessen zu einer solchen nicht verstehen. Sie hielt die Kriegszeit für die Einbringung und Beratung eines diesbezüglichen Gesetzesentwurfs nicht geeignet. Die Stellung der Unternehmer zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung dürfte hierbei nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Die durch die Organisationen aufgestellten Reichsämter forderten die Einrichtung von Arbeitsämtern für die größeren Städte und deren Vorortgemeinden, für bestimmte Landesteile Bezirksarbeitsämter und deren Zentrale das Reichsarbeitsamt. Die Zusammenlegung dieser Ämter sollte eine paritätische sein, Vertreter der Arbeiter und Arbeitnehmer unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden. Die Petition sprach sich dann weiter für die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise mit beruflicher Gliederung und paritätischer Verwaltung aus. Das Ziel der Forderung war die Erlangung einer organischen Verbindung der Arbeitsnachweise untereinander und eines gemeinsamen Arbeitens der verschiedenen Arbeitsnachweise in der Arbeitsvermittlung. Die Arbeiterorganisationen verkannten keineswegs die Schwierigkeit einer derartigen gesetzlichen Regelung in der Kriegszeit. Der Arbeitsmarkt und seine Ordnung verlangte indessen eine solche Maßnahme, gewissermaßen als Notgesetz, um einer Verwirrung in der Arbeitsvermittlung vorzubeugen, wie sie bei Beginn und in den ersten Monaten sich zeigte, und die sich sicherlich bei Wiederrückgang des Krieges in vielfach verstärktem Maße wiederholen wird, wenn die Mißstände nicht beseitigt werden.

Es muß an dieser Stelle wiederholt werden, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen sich nicht dadurch gebessert hat, daß eine bessere Vermittlung von Angebot und Nachfrage in-

zwischen erfolgte und nicht allein, weil infolge der stärkeren Heeresaufträge eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften zu verzeichnen war, sondern weil die Einberufungen zum Heere den Arbeitsmarkt stark entvölkerten. Den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung bildet der immer noch ungünstige Stand des Arbeitsmarktes für weibliche Personen. Strömen nun erst nach Friedensschluß die aus dem Felde heimkehrenden Krieger auf den Arbeitsmarkt zurück, so müssen sich natürlich Stodungen in der Vermittlung ergeben, die für das Wirtschaftsleben von einschneidender Bedeutung sind. Eine Arbeitslosenfürsorge wird gerade für diese Zeit eine unbedingte Notwendigkeit sein. Arbeitsbeschaffung ist aber immer die beste Fürsorge gewesen und wird es auch bleiben, wenn gleich ohne Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen und vor allem aus Mitteln des Reichs gar nicht auszukommen sein wird.

So standen die Dinge, als das Reichsamt des Innern am 30. April d. J. eine Sitzung von Sozialpolitikern und Sachverständigen, einschließlich von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer, zur Besprechung der Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluß, zusammenrief. Ueber die Lage ist seinerzeit an dieser Stelle ausführlich berichtet worden. Schon in der Einladung wurden die Schwierigkeiten anerkannt, die sich auf dem Arbeitsmarkt ergeben werden. Namentlich die vollständige Verschiebung der Verhältnisse der Industrie werden die Unterbringung der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer unangenehm gestalten. Deshalb konnte sich die Konferenz nicht begnügen, die Maßnahmen zur Unterbringung der heimkehrenden Krieger zu besprechen. Für die Arbeitsnachweise wurde ein Zusammenarbeiten aller an einem Ort befindlichen nicht-gewerblichen Nachweise gefordert. Eine enge Fühlung der Nachweise mit den Behörden, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde gleichfalls für notwendig gehalten. Zu diesem Zwecke sollten sich die Arbeitsnachweise bestimmter Gebiete zu einer Zentralauskunftsstelle zusammenschließen. Inzwischen wurden die Arbeitsnachweise, soweit sie nicht gewerbmäßig sind, durch eine Bundesratsverordnung zur Anmeldung beim Kaiserlich Statistischen Amt verpflichtet. Die gleiche Verordnung verpflichtete diese Nachweise ferner zur zweimaligen Meldung der offenen Stellen und Arbeitsgesuche in der Woche, falls sie bis zur Meldebzeit nicht erledigt werden konnten. Die nicht gewerbmäßig betriebenen Arbeitsnachweise für kaufmännische, technische und Bureauangestellte sind von dieser Bestimmung ausgenommen. Von der Meldepflicht können die zur Meldung verpflichteten Arbeitsnachweise befreit werden, wenn sie diese Mitteilungen über unerledigte Stellen und Arbeitsgesuche regelmäßig einer Sammelstelle machen, die diese Meldungen unter Einhaltung der Vorschrift an das Kaiserlich Statistische Amt weitergibt. Diese letztere Bestimmung ließ die Gründung einer Zentralauskunftsstelle weiter wünschenswert erscheinen.

Für Berlin und die Provinz Brandenburg traten schon kurz nach der Konferenz im Reichsamt des Innern Bestrebungen zur Einrichtung einer Zentralauskunftsstelle auf. Der Vorsitzende des Verbandes Märktischer Arbeitsnachweise, Herr Landesrat Dr. Freund, nahm sofort den Plan auf, und unter seinem Vorsteht ist nach langwieriger Arbeit in voller Uebereinstimmung aller Beteiligten, auch der maßgebenden Arbeiterorganisationen, eine Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg gegründet worden, deren Zweck und Organisation ein weiterer Aufsatz behandeln soll.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 8. Oktober 1915.

Die **Lessing-Hochschule** in Berlin veröffentlicht soeben ihr Herbst-Verzeichnis, aus dessen am 11. Oktober beginnenden Vorlesungen besonders angeführt sein mögen: Das Zeitalter Friedrichs des Großen, Deutsche Geschichte 1871—1914, Historische Friedenskonferenzen, England, Polen; ferner Philosophie, Literatur, Musik, Vortragskunst, Bildende Kunst u. d. v.

Ausführliche Programme kostenfrei in allen Buchhandlungen, Bibliotheken, Geschäften usw., sowie durch die Leitung Kurfürstendamm 16.

Actr Gardie, einer der bekanntesten englischen Arbeiterführer, ist vor einigen Tagen in seiner Heimatstadt Glasgow im Alter von 60 Jahren gestorben. Er war ein ausgesprochener Sozial-

demokrat und Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei, in der er früher den Vorsitz führte. Die englische Arbeiterbewegung ist durch die Anschauungen dieses Mannes stark beeinflusst worden. Sir Hardie war aus dem Arbeiterstand hervorgegangen, und er selbst hat von früherster Jugend an als Bergarbeiter schwer arbeiten müssen. Seit dem Jahre 1892 war er auch Mitglied des englischen Unterhauses. Der Tod Sir Hardies dürfte an der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung nicht spurlos vorübergehen.

Nicht nur der Krieg fordert große Opfer, sondern auch die Reiben der Tabakgebliebenen werden durch den unerbittlichen Tod gelichtet.

Zwei der ältesten Mitstreiter für unsere Sache sind uns in den letzten Tagen entzogen worden.

Wilhelm Eippold - Magdeburg
vom Gewerbeverein der Zigarren- und Tabakarbeiter und

Hermann Lambert - Hagen
vom Gewerbeverein der Maler und graphischen Berufe.

Beide waren überzeugungstreue Gewerkschaftsmitglieder, die mehrfach durch das Vertrauen der Mitglieder dazu berufen waren auf Delegiertenkongressen ihrer Gewerkschaften, wie auch auf Verbandstagen an dem Ausbau der Gewerkschaften mitzuarbeiten.

Eippold war früher Vorsitzender des Gewerbevereins der Zigarren- und Tabakarbeiter, als sich der Sitz dieses Gewerbevereins nach Magdeburg befand, während Lambert in früheren Jahren seine Gewerkschaftstätigkeit in Hagen für unseren dortigen Ortsverband regte entfaltete. Der Verband der Deutschen Gewerkschaften wird auch ihnen ein dauerndes Andenken bewahren.

Den Anspruch der Kriegswitwe auf das Sechswöchengehalt hat das Berliner Kaufmannsgericht in einem dort verhandelten Falle für berechtigt erklärt. Der im Kampfe fürs Vaterland gefallene Angefallene war achtmündelhalbes Jahr in einer Fabrik tätig gewesen und hatte, wie die beklagte Firma zugeben mußte, auch im Geschäftsbetriebe bis zuletzt seine Pflicht erfüllt. Trotzdem weigerte sich die Firma, der Witwe das Gehalt für sechs Wochen nach Einberufung zu zahlen, weil der Betrieb angeblich seinen Nutzen abwerfe und das Unternehmen auch keine Seereslieferungen habe. Das Kaufmannsgericht sprach den Erben des gefallenen Klägers das Sechswöchengehalt auf Grund des § 63 des Handelsgesetzbuchs zu. Wie der Vorsitzende verkündete, sei dies nicht nur der rechtliche Standpunkt, sondern auch vom moralischen Standpunkt müsse man zu einer solchen Auffassung kommen, um so mehr als der Gefallene viele Jahre der Volkswirtschaft gedient habe. Das Urteil konnte formell noch nicht gesprochen werden, da die Witwe als Mutter eines Kindes nicht alleinige Erbin ist und auch ein Testament nicht vorhanden ist. Sobald die Witwe den Erbschein besorgt hat, wird der eingeklagte Betrag ihr als Miterbin und Vertreterin ihres minderjährigen Sohnes ausbezahlt.

Behandlungs- und Schulungswang für Kriegsverletzte ordnet ein Erlass der österreichischen Regierung an. Personen des Mannschaffsstandes, die sich der notwendigen ärztlichen Nachbehandlung oder praktischen Schulung nicht unterziehen wollen, sind einer Kommission vorzustellen. Denjenigen, die sich von der Kommission für notwendig erachteten Anfallsbehandlung oder praktischen Schulung nicht unterziehen oder deren Erfolg vorläufig verzögern oder vereiteln, kann der Anspruch auf Invalidenpension ganz oder teilweise oder der Anspruch auf die Aufnahme in den Versorgungsstand der Invalidenpension entzogen werden, wenn sie nicht bereits mindestens zehn Jahre anrechnungsfähiger Militärdienstleistung nachweisen.

Ein zweckmäßiger Beruf für erblindete Arbeiter. In der Münchener Medizinischen Wochenschrift schreibt Dr. D. Wild: Im Orient, besonders in China und Japan, sollen die besten Waffenzureiber sein. Man erklärt ihre

hervorragende Technik dadurch, daß sie ihre ganze Aufmerksamkeit viel intensiver auf ihre manuelle Tätigkeit konzentrieren als die Sehenden, und rühmt auch ihr feineres „Gefühl“. Sicher ist jedenfalls, daß gerade die Blinden den Takt in hervorragender Weise auszubilden vermögen. Das ist natürlich nicht das einzige Erfordernis für einen guten Waffenzureiber. Es gibt aber gewiß unter den erblindeten Kriegern und auch unter den anderen Invaliden intelligente Leute genug, die sich in jeder Beziehung für diesen Beruf eignen und ihn unter Anleitung eines tüchtigen Lehrers mit Lust und Liebe bald erlernen. An Patienten, die durch Massage behandelt und geheilt werden können fehlt es, besonders in der nächsten Zeit, nicht. So gewährt der neue Beruf erblindeten Kriegern nicht nur Befriedigung, sondern auch späterhin ein gutes Auskommen und hilft ihnen, ihr großes Unglück leichter zu ertragen.

Ueber die wirtschaftlichen Grundlagen Bulgariens entnehmen wir dem „Storrep.“ der Buchdrucker u. a. folgende, gerade jetzt interessierende Angaben: Das Königreich Bulgarien, das aus dem eigentlichen Bulgarien und den erst 1908 und 1913 angegliederten Provinzen Ostrumelien und Mazedonien besteht, hat einen Flächeninhalt von 115 000 qkm mit 5,0 Millionen Einwohnern. Die Bevölkerung ist trotz einer nicht unbedeutenden Auswanderung in raschem Wachstum begriffen. Die fast ausschließlich Erwerbsquelle der Bevölkerung ist die Landwirtschaft, die mehr als 1/2 aller Berufstätigen beschäftigt. Insgesamt wurden (1897) 800 000 landwirtschaftliche Betriebe ermittelt mit einer Wirtschaftsfläche von 4 Millionen Hektar (d. h. etwa 40 Proz. des Gesamtareals). Diese Betriebe sind aber nur zum Teil Eigentum der Bauern; zum Teil besteht noch eine etwas gealterte Form der Leibeigenschaft: der Besitzer tritt das Land gegen Zahlung eines gewissen Prozentsatzes vom Reingewinn ab. Der Boden ist in den Flusstälern und Hügellandschaften von hervorragender Fruchtbarkeit und verlor das Land trotz wenig intensiver Wirtschaftsweise weit über den Eigenbedarf hinaus mit Getreide, Obst und Gemüse. Unter den Getreidearten steht an erster Stelle Weizen; erst in weitem Abstände folgen Mais, Gerste, Roggen und Hafer. Kartoffeln kennt man fast gar nicht. Exportiert werden in erster Linie Weizen und Mais. Von anderen Bodenprodukten ist der sehr umfangreiche Gemüsebau zu nennen; weiter der Anbau von Tabak (10—15 000 Hektar), Hanf und Zuderrüben (je 3000 Hektar). Blumenbäume bedecken 5000 Hektar, Maulbeerbäume zur Seidenzucht rund 200 Hektar. Der Weinbau war um die Wende des Jahrhunderts wesentlich zurückgefallen, hat sich aber seitdem wieder gehoben. Vertrieben sind die Rosenpflanzungen in Ostrumelien (7000 Hektar). Die Wälder (1/2 des Gesamtareals) werden selten rationell bewirtschaftet. Von großer Bedeutung ist aber die Viehzucht des Landes, der es an ausgiebigen Wiesen und Weiden nicht mangelt; die Zahl der Pferde beläuft sich heute auf 0,6 Millionen, die der Rinder auf 2,4; besonders hoch ist die Zahl der Schafe (8 1/2 Millionen), gering dagegen die der Schweine (1/2 Millionen). Außerdem gibt es noch 136 000 Maulesel.

Was die Industrie anbelangt, so ist diese bisher noch sehr wenig entwickelt; es fehlt ihr an den nötigen Kapitalien und an den wichtigsten Rohstoffen, vor allem an Kohle. Trotz alledem ist in letzter Zeit mit Unterstützung des Auslandes ein wesentlicher Fortschritt gemacht worden; so gibt es u. a. kleinere Tuch- und Seidenfabriken, Mühlen, Brauereien, Brennereien, Zuder- und Zündholzfabriken. Daneben findet sich noch Tabakindustrie, Fabrikation von Rosenölen (Ausfuhr 5—10 000 Kilo), Polamentierwaren, Belzen usw. Teurere Artikel, wie Textilwaren, Maschinen, Luxuswaren, müssen eingeführt werden. Der Handelsverkehr des Landes wickelt sich sowohl an Lande wie an Wasser ab. Der Wasserverkehr — hauptsächlich für den Getreideexport — geht über die Seebäfen Warna, Debrapatka und Burgas oder über die Donauhäfen Ruffschuk und Svidschuk. Für den Bahnverkehr kommt hauptsächlich die Orientlinie (Belgrad—Nisch—Sofia—Philippopol—Adrianopol) in Frage, ferner die Linie über Ruffschuk nach Bukarest. Insgesamt hat Bulgarien ein Eisenbahnnetz von 2500 km Länge, das aber von Jahr zu Jahr weiter ausgebaut wird. Der gesamte Schiffsverkehr in den Häfen beläuft sich jährlich auf 35 000 Schiffe mit 8 Millionen Reg.-Tonnen. Was den Außenhandel des Landes betrifft, so hat sich dieser in letzter Zeit sehr stark entwickelt, ist aber, ähnlich wie in Rumänien, bestehenden Schwankungen unermessen; die sonst aktive Handelsbilanz hat sich im letzten Jahrfrakt in eine passive verwandelt. Im Jahre 1910 belief sich der gesamte auswärtige Handelsverkehr auf 240 Millionen Mark, wovon 150 Millionen auf die Ein-

fuhr, 110 Millionen auf die Ausfuhr entfielen. Unter den Einfuhrländern stehen in vorderer Reihe Oesterreich-Ungarn (40 Millionen Mark), Deutschland (30 Millionen), die Türkei und England (je 15 Millionen). Als Exportländer kommen hauptsächlich in Frage die Türkei, Belgien und Deutschland.

Zuschüsse zur freiwilligen Weiterversicherung in den Krankenkassen gewährt die Landesversicherungsanstalt Sachsen an Kriegsteilnehmer und an Arbeiter, die unverschuldet durch den Krieg arbeitslos geworden sind. Diese Maßnahme soll die Beteiligten ermuntern, von dem Rechte der freiwilligen Weiterversicherung in der Krankenkasse, der sie angehörten, Gebrauch zu machen. Die Versicherungen können so sich und ihre Familien vor eventuellen Notfällen schützen. In der Regel beträgt der Zuschuß ein Drittel der freiwilligen Beitragsleistung, kann aber auch bis auf zwei Drittel erhöht werden. Freiwillig Weiterversichernde, die vom 31. Mai d. J. ab bereits Beiträge gezahlt haben, wird der auf diese Zeit entfallende Leibbeitrag zurückgezahlt oder gutgeschrieben, falls die Voraussetzung für die Beteiligung der Landesversicherungsanstalt vorliegt.

Damit durch die Weiterversicherung die ärztliche Versorgung der versicherungsfreien Familienmitglieder gewährleistet ist, macht der Vorstand der Landesversicherungsanstalt die Zuschußleistung an den Versicherungsbeiträgen überbaud, für infolge des Krieges unverschuldet Beschäftigungslose die Leistung eines Zuschusses über ein Drittel des Rassenbeitrags in der Regel davon abhängig, daß die Kasse den versicherungsfreien Familienmitgliedern als Familienhilfe mindestens ärztliche Behandlung gewährt. Die Weiterversicherung hat bei der Kasse zu erfolgen, der die in Frage kommenden Personen vor Eintritt in den Kriegsdienst bzw. vor Beginn der Arbeitslosigkeit zuletzt angehört haben.

Damit auch die Rechte aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewahrt werden, übernimmt die Landesversicherungsanstalt auch für Personen, die infolge des Krieges unverschuldet außer Beschäftigung sind und zuletzt und wenigstens zehn Wochen lang bei der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen, im ganzen aber mindestens 100 Wochen auf Grund der Versicherungspflicht oder anrechnungsfähiger Militärdienst- und Krankheitszeiten versichert waren, auf Antrag vorzugsweise die Beitragsentrichtung in der Lohnklasse I und in dem zur weiteren Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Umfang.

Diese Maßnahmen der Landesversicherungsanstalt sind nur zu begründen, sie liegen auch durchaus im Wesen dieses Versicherungszweiges.

Die Hypothekerverschuldung der Landwirtschaft in Preußen. a. e. Während man und zwar mit Recht annehmen mußte, daß der durch die im Jahre 1906 in Kraft getretenen Handelsverträge bewirkte Umwälzung im landwirtschaftlichen Gewerbe die so dringend benötigte Entschuldung herbeiführen werde, so zeigt uns die amtliche Statistik, daß sich diese Annahme in ihr Gegenteil gekehrt hat. Der die Verschuldungen übersteigende Mehrbetrag der hypothekarischen Eintragungen stellte sich im Staatsdurchschnitt von 1886 bis 1906 jährlich auf rund 283 Millionen Mark, in den Jahren 1904 und 1906 allerdings schon auf 407 bzw. 471 Millionen; darauf

1906	auf	515	Millionen	Mark
1907	"	556	"	"
1908	"	584	"	"
1909	"	640	"	"
1910	"	734	"	"
1911	"	740	"	"
1912	"	730	"	"

Im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1912 betrug demnach die hypothekarische Mehrverschuldung 643 Millionen gegen 283 Millionen im vorangegangenen zwanzigjährigen Zeitraum. Diese Mehrbelastung des Grund und Bodens durch Hypotheken würde an sich unbedenklich sein, wenn sie hauptsächlich durch Bodenmellorationen verursacht wäre. Das trifft indessen zweifellos nur für einen geringeren Teil der Mehrverschuldung zu. Die gestiegenen Mehrerträge des Bodens sind nicht in erster Linie auf Mellorationen, sondern auf intensivere Bearbeitung des Bodens zurückzuführen. Zu einem erheblichen Teile verbandt die Mehrverschuldung dem geltenden Erbrecht ihre Entstehung. Aber die Hauptursache der Verschuldung bildet die außerordentlich rege Verkaufslust unserer Landwirte. Der seit 1906 gestiegene Wert der Güter rechtfertigt keinesfalls die Mehrverschuldung, die in ungünstigen Erntejahren sehr leicht zu wirt-

